Die Sitzung nahm folgenden Verlauf:

Der reiche Staat.

Abg. Peez bespricht den Einfluß der Valuta-Regulirung auf das Zahlungswesen und führt aus, daß in Oesterreich das Zahlungswesen des Staates noch nicht auf der vollen Höhe stehe. Man sagt oft, unser Staat ist arm, aber er ist reich; er hat nur selbst nicht das volle Bewußtsein von seinem Reichthum und seiner inneren Kraft. Unser österreichischer Staat besitzt das Tabakmonopol, das Salzmonopol, das Lotto, die Bergwerke — Alles außerordentlich große Geschäfte; dazu kommen noch 8000 Kilometer Staatsbahnen, dann die Telegraphen, die Post, die Postsparkasse, die Forste und Domänen, die ganze Verwaltung, die Fonds und Stiftungen, die Depositen-, die Kranken- und Unfallskassen, die Schulen und Universitäten, die Seminare, die Strafanstalten, das Heerwesen, die Arsenale, die Geschützgießereien und Gestüte. Der Staat ist das weitaus größte Geschäft in Oesterreich, er ist der größte Arbeitgeber, der die mächtigsten Kapitalien bewegt und die größten Geldsendungen in Circulation bringt. In Oesterreich circuliren im Ganzen jährlich 170 Millionen gewöhnliche Briefe und der Antheil des Staates daran beträgt 18 Percent; an den Geldbriefen ist der Antheil noch viel größer. Man kann eine jährliche Circulation von 4000 Millionen Gulden annehmen. Davon ist der Antheil des Staates mit etwa 800 bis 1000 Millionen zu beziffern. Hier kommt nun der Zinsfuß in Frage, wenn diese Gelder todt in den Kassen liegen oder in der Wanderung begriffen sind aus einem Kronlande in das andere. In der hiesigen Centralkasse beträgt der Kassenbestand 130 bis 170 Millionen, in der englischen Bank nur 30 Millionen. Das ist ein außerordentlicher Unterschied, und man kann bei uns den Zinsverlust mit jährlich 2 Millionen annehmen. Wenn dieser Zinsverlust erspart werden könnte, so wäre das viel besser, als immer neue Steuern aufzulegen. Diese verzögerte Circulation, durch welche das Geld sich in den Kassen verzinst, hat also große Nachtheile. Noch schlimmer steht es mit dem Zahlungswesen der Privaten. Die westlichen Länder haben sich im Giro- und Checkwesen eine zweite Serie von Valuta geschaffen, die nichts kostet und von größter Bedeutung ist. Redner verweist diesbezüglich auf das Vorgehen Deutschlands. Sehr beachtenswerth sei auch das Beispiel Englands, wo die Centralämter der Staatsverwaltung alle Geldumsätze unter sich durch bloße Buchung besorgen. Auf diese Weise sei der Staat in der Lage, auf den ganzen Geldverkehr eine außerordentlich einflußreiche Wirkung auszuüben, Ueberschreitungen hintanzuhalten, Krisen vorzubeugen und, wenn solche gekommen seien, sie wirksam zu erleichtern.

Weiters empfiehlt Redner die Einhebung der Steuern durch Postsparkassen. Hierdurch würde eine wesentliche Erleichterung für die Steuerträger geschaffen, schon deßhalb, weil es in Oesterreich 828 Steuerämter, dagegen aber 4919 Postämter gebe. Im Anfang wären die Postsparkassen nur facultativ heranzuziehen, während diejenigen, die in das Steueramt mehr Vertrauen setzen oder daselbst Erkundigungen einzuziehen haben, auf dem Steueramte ihre Zahlung leisten könnten. Endlich hält Redner eine Vereinfachung der Kassen für eine empfehlenswerthe Reform des staatlichen Zahlungsweiens. In Wien befinden sich mehrere Centralkassen, ohne daß abzusehen wäre, warum nicht ein einziges Institut genügen könnte. Auch eine viel größere Durchwachsung unseres auf ziemlich bureaukratischen, wenn auch guten Grundlagen beruhenden Geldverkehrs mit kaufmännischen Factoren wäre sehr zu wünschen. In England wurde beispielsweise vom Monarchen ein Generalpostmeister ernannt, der ein vermögender Geschäftsmann war und ein ganzer Organismus nach Grundsätzen gestaltet, wie sie in Geschäftskreisen geltend waren, während bei uns die bureaukratische Tradition mitbestimmend gewirkt hat. (Lebhafter Beifall links.)

Die Gefällspraxis in Galizien und Böhmen.

Abg. Cestmir **Lang** (Generalredner gegen) hält den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Weigel über die Steuereintreibungen in Galizien entgegen, daß es in Böhmen viel schlimmer zugehe. (Lebhafte Zustimmung auf den Tschechenbänken.) Nach der Erklärung des Finanzministers seien in der Landeshauptstadt Galiziens selbst im Jahre 1891 nur zwei Mobiliarfeilbietungen wegen rückständiger Steuern vorgekommen; in dieser Beziehung stehe die Landeshauptstadt Galiziens hinter vielen Dörfern in Böhmen zurück. In Böhmen betragen die Steuerrückstände keine 60, sondern kaum 10 Percent. Auch bezüglich der Handhabung des Gefällsstrafgesetzes kann Redner aus eigener Erfahrung erklären, daß es in Böhmen ganz anders zugehe. Er hatte vor etlichen Jahren eine Brauerei in Galizien und kam während fünf Jahren nicht in den geringsten Conflict mit der Finanzwache. Als er aber nach Böhmen kam, wo er auch eine Brauerei besitze, sei er aus den Ordnungsstrafen gar nicht herausgekommen. Er habe geglaubt, was für Galizien recht ist, muß auch für Böhmen billig sein, und wollte das Pönale nicht zahlen. (Heiterkeit bei den Jungtschechen.) Aber da sei er aus den Untersuchungen gar nicht herausgekommen (Hört! Hört! bei den Jungtschechen), und erst bis er das gewisse Legere, was er sich in Galizien angewöhnt hatte (Hört! Hört! bei den Jungtschechen), abgestreift hatte und sich strenge an den Buchstaben der Vorschrift hielt, hatte er Ruhe. Es sei einmal so in Oesterreich, daß das politische Prestige eines Volkes in directer Proportion zu den Steuerrückständen sich befinde.

Die Erklärung der Polen.

Abg. v. Jaworski (zu einer thatsächlichen Berichtigung): Der Finanzminister hat das Kronland Galizien der systematischen Steuerrenitenz beschuldigt und die Angehörigen dieses Kronlandes nicht nur als Steuerrenitenten, sondern sogar als Gepflogenheitsmalversanten hingestellt. (Rufe bei den Polen: Unerhört!) Um die Rede des Abgeordneten Weigel und die ihr von Seite des Finanzministers gewordene Erwiderung richtig zu stellen, um Mißdeutungen vorzubeugen und mit der Rede des Finanzministers in Verbindung gebrachten Zeitungsartikeln gehässigster Art (So ist es! bei den Polen) entgegenzutreten, fühle ich mich verpflichtet, im Namen meiner Gesinnungsgenossen Folgendes berichtigend zur Kenntniß zu bringen:

Erstens: Wir verwahren uns ausdrücklich dagegen, als ob wir für eine laxe Handhabung der Steuereinhebung uns ausgesprochen hätten.

Zweitens: Wenn durch die Fahrlässigkeit der Executivorgane oder aus einem anderen Grunde bei einzelnen Steuerpflichtigen sich durch längere Zeit Steuerrückstände herausstellen sollten, wie dies beispielsweise bei der Hauszinssteuer in Lemberg der Fall sein soll, erachten wir es als ein Gebot der Humanität und im Interesse der Erhaltung der Steuerfähigkeit, den Betroffenen Zuwartungsfristen oder Ratenzahlungen zuzugestehen.

Drittens: Indem wir uns vorbehalten, zu gelegener Zeit und bei Zulässigkeit durch die Geschäftsordnung auf die Rede des Finanzministers zurückzukommen, um jene Daten, welche er über die Steuerrückstände in Galizien vorgebracht hat, und jene Folgerungen, welche er daran geknüpft hat, richtig zu stellen, beziehungsweise in gehörigem Lichte erscheinen zu lassen, müssen wir schon jetzt berichtigend hervorheben, daß von rund 6 Millionen Einwohnern Galiziens weitaus der größte Theil der ackerbautreibenden Bevölkerung angehört, welche unseres Wissens, ob Groß- oder Kleingrundbesitzer, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse zwingender Natur, wie Feuersbrünste, Ueberschwemmungen, totaler Mißwachs, die sofortige Einzahlung unmöglich machen, ihre Steuern bis zur Grenze der äußersten Möglichkeit entrichten. (So ist es! bei den Polen.)

Viertens: Wir wünschen und stellen an die Finanzverwaltung die bestimmte Forderung, bei auf Einbekenntniß basirenden directen Steuern, bei indirecten Abgaben, bei Gebührenbemessungen den mit der Vorschreibung betrauten Organen eindringlichst und auf das schärfste aufzutragen, die Einbekennenden oder die zur Abgabe Verpflichteten nicht im vorhinein als mala fide Handelnde zu betrachten (So ist es! bei den Polen) oder dieselben mit der Möglichkeit der Anbringung eines Recurses vertrösten zu lassen. (Beifall bei den Polen.) Wir fordern auch von den Finanzorganen denselben Ernst und dieselbe Steuermoral, auf welche der Finanzminister, als seitens der Steuerpflichtigen erwünscht, wiederholt hingewiesen hat (Bravo! Bravo! bei den Polen), auf daß von jedem nur das eingehoben werde, wozu er rechtens und gesetzlich verpflichtet ist. (Bravo! Bravo! bei den Polen.) Ich als Sohn meines Heimatlandes und als Abgeordneter des Königreiches Galizien muß mich im Namen aller Abgeordneten dieses Königreiches dagegen verwahren, daß aus einzelnen überall vorkommenden Malversationen uns der Vorwurf der Generalisation gemacht oder, wie es nach einem anonymen, aber hier durch den Finanzminister vorgelesenen Berichte heißt, dieselben als eine „beliebte Gepflogenheit des Landes" vorgeworfen werden. (Rufe bei den Polen: Unerhört!) Wir müssen uns auf das entschiedenste gegen die unserem Heimatlande angethane Verunglimpfung verwahren. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Polen.)

Die Antwort des Finanzministers.

Finanzminister Dr. **Steinbach** erklärt, die Formulirung der Wünsche des Vorredners sei nicht derart, daß er von seinem Standpunkte dagegen protestiren müßte. Es sei auch das Bestreben der Finanzverwaltung, daß keine Steuerrückstände angehäuft werden. Bei der Steuereintreibung werde mit aller Rücksicht vorgegangen; Ratenzahlungen werden bewilligt, da es nicht im Interesse der Finanzverwaltung liegt, daß die Leute ruinirt werden. (Rufe bei den Polen: Bei uns geschieht dies!) Das Steuer-Exequiren ist gewiß ein unangenehmes Geschäft, aber es muß geschehen, nur muß es so geschehen, daß unnöthige Härten vermieden werden. Der Bericht, den ich neulich verlesen habe, ist der Bericht eines lustrirenden Beamten, der von der Finanz-Landesdirection vorgelegt wurde. (Rufe auf den Polenbänken: Wer ist das?) Ich kann weiter constatiren, daß dieser Bericht sich auf städtische Verhältnisse bezieht. Was die Moral der Finanzverwaltung betrifft, so kann ich dem Herrn Vorredner nur beistimmen; das ist unser Standpunkt von jeher gewesen. Das ist mein Standpunkt, und er wird es bleiben, so lange ich die Ehre habe, dieses Amt zu verwalten, aber auch hier tritt die Gegenseitigkeit der Rechte und Verpflichtungen auf. Wenn wir auf der einen Seite dahin bringen, daß der Geist der Finanzverwaltung ein solcher sei, welchen die Moral der Steuereinhebung fordert, so muß ich an die Herren die Bitte richten, auch in ihrem Kreise nach Möglichkeit dahin zu wirken, daß die Moral in der Steuerzahlung vorhanden sei, und daß Jeder sich bewußt werde, daß das, was der Eine nicht bezahlt, der weniger renitente Steuerzahler bezahlen muß. Von meiner Seite soll und wird Alles geschehen, um Mißverständnisse aufzuklären. (Bewegung im Hause.)

Berichterstatter **Kozlowski** polemisirt gegen den Finanzminister. Wenn es sich um einen Mißbrauch zu Ungunsten des Staates handelt, ist die Finanzverwaltung mit vollem Rechte entrüstet; ich würde aber auch die gleiche Entrüstung wünschen, wenn es sich um einen Steuerträger handelt. Die heutige Erklärung des Ministers war sehr wohlgemeint, aber der uns zugefügte Schaden wird uns leider nur zum Theil gutgemacht. Zwei Minister haben im Hause angegriffene Beamte vertheidigt. Ich meinerseits kann nur, ohne etwas Böses sagen zu wollen, dieses zarte und feine Gefühl, diese vornehme Manier, mit welcher der Justizminister die Justizbeamten vertheidigt hat, ohne irgend Jemanden unangenehm zu berühren, dankbar hervorheben. (Bravo! bei den Polen.) Ich muß es auch der Beurtheilung des Hauses überlassen, ob es von Seiten des Chefs einer Verwaltung angezeigt war, den Feinden, die jede Partei und jedes Kronland besitzt, Waffen gegen ein ganzes Kronland in die Hand zu geben. Noch weniger begreiflich ist mir die Freude mancher Wiener Organe. Ich kann aber nur feststellen, daß der Minister heute berichtigt hat, daß diese Anklagen nicht die ackerbautreibende Bevölkerung betreffen; die braven Bürger werden sie nicht betreffen, und jene Specialität der Galizianer — ich meine einzelne Individuen und generalisire nicht, und ich lege dies der gesammten Gesellschaftsclasse nicht zur Last — die sich das erlaubt, gegenüber den Wiener Blättern zu vertheidigen, wäre für uns etwas ganz Neues. (Heiterkeit bei den Polen.)

Die in Verhandlung gestandenen Capitel des Finanzministeriums wurden hierauf sammt den von den Ausschüssen beantragten Resolutionen angenommen. Es folgt die Verhandlung über das

Budgetprovisorium für März 1893.

Zum Worte sind gemeldet, und zwar gegen: die Abgeordneten Dr. Laginja, Dr. Baschaty, Dr. Gregr, Dr. Kaizl.

Abg. Dr. **Laginja** klagt über die Vernachlässigung der materiellen Interessen des Küstenlandes und beschwert sich sodann über die politische Verwaltung sowie über die Verhältnisse der Justiz.

Vicepräsident Freiherr **v. Chlumecky** bemerkt, daß diese Verhältnisse mit dem Budgetprovisorium in sehr losem Zusammenhange stehen.

Abg. Dr. **Laginja** spricht hierauf über die Amtssprache bei den Bezirksgerichten in Dalmatien und wird vom Vicepräsidenten neuerdings unterbrochen.

Abg. **Brzorad**: Das ist ja doch über die allgemeine politische Lage; das wär' hübsch. (Lebhafte Zwischenrufe und Lärm bei den Jungtschechen.)

Vicepräsident Freiherr **v. Chlumecky** bemerkt, es stehe nur die Generaldebatte über das Budgetprovisorium auf der Tagesordnung.

Abg. Dr. **Brzorad**: Das sind allgemeine politische Fragen.

Abg. Dr. **Laginja** erklärt hierauf, daß die Croaten und Slovenen des Küstenlandes weder Provisorien noch definitive Staatsvoranschläge der Regierung bewilligen können.

Abg. **Pernerstorfer**: Weder mit noch ohne Redefreiheit!

Abg. Dr. **Brzorad**: Das ist eine neue Erfindung, diese neue Redefreiheit.

Abg. Dr. **Baschaty** wiederholt einige bereits früher gehaltene Reden, polemisirt gegen den Justizminister und verliest hierbei mehrere Bestimmungen der böhmischen Landesordnung.

Vicepräsident Freiherr **v. Chlumecky** (unterbrechend): Ich bitte, die Vorschriften der Landesordnung haben doch mit dem Budgetprovisorium nichts zu thun. (Widerspruch bei den Jungtschechen.) Ich kann dies wirklich nicht als mit der Sache zusammenhängend betrachten und muß den Herrn Redner ersuchen, bei der Sache zu bleiben.

Abg. Dr. **Baschaty**: Das, was dem Justizminister im Hause erlaubt ist, muß auch einem Abgeordneten erlaubt sein, und insbesondere wenn es sich um vitale Interessen des böhmischen Volkes handelt, wo die gesetzlichen Vorschriften von der Regierungsbank aus in Abrede gestellt werden.

Vicepräsident: Ich bitte, mit mir nicht zu polemisiren.

Abg. Dr. **Baschaty**: Ich spreche zum hohen Hause. Redner fährt in der Citirung mehrerer Bestimmungen der böhmischen Landesordnung fort.

Vicepräsident (neuerlich unterbrechend): Ich wiederhole, die Vorlesung von Paragraphen aus der Gerichtsinstruction und der Landesordnung kann ich absolut nicht zugeben. (Lebhafter Widerspruch bei den Jungtschechen.)

Abg. Dr. **Brzorad**: Das wäre hübsch!

Vicepräsident: Das hat mit dem Steuerprovisorium nichts zu thun.

Abg. Dr. **Brzorad**: Das ist wirklich etwas Unerhörtes, das ist kein Parlamentarismus; wie können wir uns da wehren?

Abg. **Pernerstorfer**: Stellen Sie den Antrag, das Haus zu befragen.

Abg. Dr. **Baschaty**: Wenn man uns nicht dieselben Rechte wie anderen Parlamentsmitgliedern einräumen will, soll man das im voraus sagen und nicht mit uns spielen. (Beifall bei den Jungtschechen.)

Abg. **Pernerstorfer**: Stellen Sie den Antrag, das Haus zu befragen.

Abg. **Baschaty**: Ich bitte das Präsidium, dem Hause den Antrag vorzulegen, ob es mir in der Polemik gegen den Justizminister erlaubt ist, Stellen aus der Gerichtsinstruction und geltenden Gesetzen vorzulesen. (Beifall bei den Jungtschechen.)

Vicepräsident: Ich bitte, setzen Sie ihre Rede fort, wenn es schon nicht anders geht. (Heiterkeit; Widerspruch bei den Jungtschechen.)

Abg. Dr. **Schil**: Das sind ungeschickte Witze!

Abg. **Baschaty** spricht dann ungestört über eine Stunde lang, worauf die Verhandlung abgebrochen wird.

Nächste Sitzung morgen, 10 Uhr Vormittags.

Niederösterreichischer Landtag.

Wien, 23. Februar.

Die Debatte über die Abänderung des Wiener Gemeindestatuts hat heute ihren Höhepunkt erreicht. Nach einigen sehr mittelmäßigen Rednern von links, die sich in den ausgefahrenen Geleisen bewegten und von denen nur die „zaubergewaltige" Erscheinung Bergani's durch einige originelle Uebertreibungen unvortheilhaft abstach, kamen der Bürgermeister von Wien und sein erster Stellvertreter, die Abgeordneten Dr. Prix und Dr. Richter, zu Worte. Beide sprachen in sehr wirkungsvoller Weise und wußten all die hohlen Phrasen von Unterdrückung und Knechtung, von Paschawirthschaft und dergleichen auf das richtige Maß zurückzuführen und die gänzliche Haltlosigkeit der vorgebrachten Beschuldigungen und Verdächtigungen zu erweisen. Namentlich Dr. Prix, in seiner eindringlichen, scharf pointirten Art zu sprechen, geißelte die Opposition bei aller Ruhe und Vornehmheit in der Form derart, daß sie — Herrn Gregorig ausgenommen — nicht einmal zu den gewohnten Unterbrechungen sich aufzuraffen vermochte. Dr. Prix wies zugleich energisch jedes Nachgeben gegenüber den Forderungen der Lueger und Genossen zurück, da dieselben unbegründet seien.

Dr. Richter rückte mit reichem Ziffernmaterial auf und wies unter Anderem nach, wie verlogen es sei, zu behaupten, daß die Vereinigung der Vororte mit Wien die Bewohner der ersteren mehr belastet habe, wenn man von der Verzehrungssteuer absehe, und daß für die neuen Bezirke nichts geschehe. Er appellirte schließlich — wohl vergebens — an den Gerechtigkeitssinn der Opposition, an die Loyalität und die Einsicht derselben, gemeinsam mit der Mehrheit des Gemeinderathes zu wirken zum Wohl der Stadt Wien.

Morgen wird der Führer der Opposition, Dr. Lueger, zum Wort kommen. Die Abstimmung wird erst übermorgen erfolgen können.

Nachstehend der Sitzungsbericht:

Zu Beginn der Sitzung beantwortete der Statthalter mehrere Interpellationen, darunter eine der Abgeordneten Baumann und Genossen, welche Aufklärung über eine angebliche Verzögerung in der telegraphischen Verfolgung des Mörders Lammel's, Szemeredy verlangte, dahin, daß diese Verfolgung rechtzeitig erfolgt ist und die Schuld an dem Mißlingen nicht den Wiener Behörden zuzuschreiben ist. Daran knüpft der Statthalter anerkennende Bemerkungen über die Thätigkeit der Wiener Sicherheitsbehörde und gibt die Aufklärung, daß eine Vermehrung der Sicherheitswache im Zuge sei.

Hierauf wurde zur Tagesordnung „Abänderung des Wiener Gemeindestatuts" übergegangen. Der erste Redner, Abg. **Garuhaft**, hält es für seine Pflicht, das Präsidium des Gemeinderathes zur Objectivität zu mahnen. Es möge sich ein Beispiel an dem Präsidenten Suella und dem „allverehrten Vorsitzenden des Landtages" nehmen.

Abg. **Bergani** will aus der Rede des Abgeordneten Dr. Lederer das Zugeständniß herausinterpretiren, daß das Präsidium

---

und Natur, in dem seine Weise noch gleichsam aus sich selber von geheimer Weihe geadelt und verklärt schien. Die Hörer lauschten athemlos, und es war am Ende ein jauchzender Enthusiasmus, wie ich lange keinen gehört. Man sagte mir, es sei der größte Erfolg dieser Saison. Und so bin ich in meiner Berliner Psychologie mit einem Schlage ganz desorientirt.

Das ist sehr seltsam, und, wie ich suchen mag, ich kann es mir schwer erklären. Es müßte denn sein: Die Berliner hätten sich aus dem Verstande andere Gefühle anerzogen, die ihrem Wesen fremd, aber durch Erkenntniß geboten sind. Das gibt, wenn man es ein bischen besinnt, einen gar wunderlichen Proceß: Sie begreifen mit dem Verstande, was ihnen fehlt, um eigentlich Künstler und noch gar von dieser neuen Kunst zu werden, und sie haben sich mit solchem Gehorsam in der Gewalt des Verstandes, daß sie aus ihm, was ihrer Natur im Grunde doch immer versagt war, Leidenschaft, Gefühl, ja naives Pathos sich erzwingen.

Davon sind hier und dort mancherlei Zeichen. Den Naturalismus, der ihnen tief im Blute eingeboren schien, haben sie eilig abgethan. Seine Gemeinde ist gesprengt. Sie erkennen, eifrige Horcher nach den Bedürfnissen im Geiste, daß jetzt ein großer Wechsel des Geschmackes geschieht. Sie erkennen, daß ihre Zeit der kritischen Kunst vorbei ist. Sie erkennen die mächtige Reaction der Gefühle gegen die Herrschaft des Verstandes. Und es ist nun sehr wunderbar, wie sie diese Reaction gegen den Verstand, die sonst rings aus der Entrüstung der Gefühle quillt, ohne Gefühl logisch aus dem Verstande filtriren, aus dem Verstande künstlich ein Gefühl bereiten, das gegen den Verstand, den sie als unzulängliche Gewalt erkennen, wirken soll.

Es ist fraglich, ob eine so künstliche Zucht des Künstlerischen bis zu schöpferischer Wirkung, zu eigener That gedeihen kann: aber es scheint, daß sie sich mit ihr wenigstens zu einer empfänglichen und bereiten Gastlichkeit für die Kunst, die kommt, überwinden und auch diesem neuen Idealismus, der ihrem Wesen fremd ist, die erste Heimstätte geben.

Hermann Bahr.